



Rote Woche

Ausgabe 14/2014

Neuigkeiten der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt und aus Berlin

SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freunde,

heute können wir feiern! Heute vor genau 65 Jahren, am 23. Mai 1949, trat unser Grundgesetz in Kraft. Im Plenum des Bundestages fand dazu eine Feierstunde statt, in der der Schriftsteller und Orientalist Dr. Navid Kermani eine eindrucksvolle Rede hielt. Er hob die Errungenschaften des deutschen Grundgesetzes hervor, übte aber ebenso Kritik an Deutschlands Zurückhaltung in der Entwicklungshilfe und einer unzureichenden Asylpolitik. Bemerkenswert: Der Kniefall von Warschau habe Deutschland seine Würde wiedergegeben und den Weg zu neuem Nationalismus verbaut, so Kermani.

Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann erwähnte in seiner anschließenden Rede die Herausforderungen für das Grundgesetz: Die neue kulturelle Vielfalt Deutschland als Einwanderungsland, der Schutz der Grundrechte im digitalen Zeitalter sowie die Schritte zur notwendigen Vertiefung der Europäischen Union.

Die Parlamentariergruppen sind weltweit vernetzt

Die Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages pflegen weltweit bi- und multilaterale Kontakte zu anderen Parlamenten. Wegen dieses wertvollen Austausches freue ich mich, dass ich seit dieser Sitzungswoche Mitglied in der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe unter dem Vorsitz meines SPD-Kollegen Klaus Barthel (Bild) sein darf. Ziel wird es sein, einen kontinuierlichen Dialog mit den Parlamenten in Südamerika zu führen. Dazu werden wir trotz weiter Entfernungen möglichst oft das Gespräch mit den Abgeordneten und anderen Vertretern der Partnerstaaten suchen, um Informationen, Meinungen und Erfahrungen auszutauschen. In der nächsten Sitzungswoche Anfang Juni werden wir zu einem ersten Treffen mit den Botschaftern der südamerikanischen Länder in Berlin zusammen kommen.



Die verratene Generation: Frauen um die 50 Jahre

Das Thema „Mütterrente“ (mehr dazu auf S. 3) kam in einem gemeinsamen Gespräch mit den Buchautorinnen Kristina Vaillant (links) und Christina Bylow (2.v.links) zur Sprache. Die beiden Frauen besuchten mich auf meine Einladung hin in meinem Berliner Büro. Im März wurde ihr Buch „Die verratene Generation. Was wir den Frauen in der Lebensmitte zumuten“ im Pattloch Verlag veröffentlicht.

Vaillant (Jg. 1964) und Bylow (Jg. 1962) thematisieren in ihrem Buch die Situation ihrer – und auch meiner – Generation: „Frauen in der Lebensmitte, die merken mussten, dass es mit Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und anderen Versprechungen, mit denen sie in den Siebzigern aufgewachsen sind, nicht weit her war.“ (Stuttgarter Zeitung, 28.03.2014) Ich selbst bin im Jahr 1961 geboren und zähle damit auch zur so genannten Babyboomer-

Generation. Der Babyboom in Deutschland von ca. 1958 bis 1968 war die einzige Phase seit Ende des 19. Jahrhunderts, in der die Geburtenrate anstieg. (Wir) Frauen dieser Generation starteten meist mit einer guten Ausbildung und Zuversicht in ein Leben, das uns gleiche Rechte und Möglichkeiten wie den Männern versprach. Doch sowohl die Karriere als auch das partnerschaftliche Rollenmodell endeten meist dann, wenn Kinder zur Welt kamen. Auf den Rentenzetteln dieser Frauen stehen im Westen durchschnittlich 656,50 und im Osten 785,50 Euro. Diese sehr realen Existenzsorgen müssen in den Diskussionen um Altersarmut thematisiert werden.



Foto: Büro Saskia Esken

Eine gesamtgesellschaftliche Debatte zur Geschlechtergerechtigkeit damals mit ihren Folgen und vor allem zur Geschlechtergerechtigkeit heute und morgen muss in Gang gesetzt werden. Junge Frauen, die heute an ihre Familienplanung gehen, sehen sich trotz besserer Betreuungsmöglichkeiten und Elterngeld ähnlichen Problemen wie damals ausgesetzt: Kind oder Beruf, Karriereknick, Rollenverteilung in der Partnerschaft, Wiedereinstieg in den Beruf. Unsere Familienministerin Manuela Schwesig hat hierzu mit ihrer Vision der Familienarbeitszeit meiner Meinung nach einen richtigen Vorstoß gewagt, mit dem sie Eltern ein Recht auf ein partnerschaftliches Teilzeitmodell inklusive Rückkehrrecht in die Vollzeit verschaffen will. Eltern mit kleinen Kindern könnten dann nicht 40, sondern zum Beispiel jeweils 32 Wochenstunden arbeiten. Hier gibt es ohne Zweifel noch viel zu tun!

World Blood Cancer Day am 28. Mai

Am Mittwoch, den 28. Mai, findet der erste World Blood Cancer Day statt. Der Aktionstag wird von der Deutschen Knochenmarkspenderdatei DKMS organisiert, um weltweit auf das Thema Blutkrebs aufmerksam zu machen. Die DKMS ruft dazu auf, an diesem Tag mit einer Bildaktion ein Zeichen zu setzen. Das „&“-Zeichen steht hierbei für:



Foto: Büro Saskia Esken

- Ein Zeichen, das Menschen weltweit verbindet.
- Ein Zeichen, das zeigt, dass man Blutkrebs nur gemeinsam besiegen kann.
- Ein Zeichen, das den Blutkrebs zum großen, öffentlichen Thema macht.

Gemeinsam mit meiner Praktikantin Ann-Kathrin Ebinger aus Nagold habe ich ein solches bildliches Zeichen gesetzt. Beide sind wir übrigens schon seit Jahren als potentielle Knochenmarkspender von der DKMS typisiert und registriert.

TTIP: Freihandel um jeden Preis?

Die Verhandlungen zu einem europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen (TTIP) – lange Zeit nur ein Nischenthema – sind im Vorfeld der Europawahl deutlich in der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion angekommen und haben in dieser Woche auch im Plenum des Bundestages eine Rolle gespielt. Auch in der Bundestagsfraktion haben wir im Rahmen fraktionsoffener Abende und



Expertenrunden das Für und Wider eines solchen Freihandelsabkommens schon mehrfach diskutiert. Wir sind - mit unserem SPD-Vorsitzenden und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel - grundsätzlich zu der Auffassung gelangt, dass wir die Chance, das Freihandelsabkommen in unserem Sinne zu beeinflussen, ergebnisoffen ergreifen sollten. Zwischen den beiden größten Handelsräumen der Welt muss es klare Spielregeln für den internationalen Handel geben. Auch die Möglichkeit, europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zum US-amerikanischen Markt zu eröffnen, sollten wir nutzen. Klar ist aber: Durch das Abkommen dürfen sich europäische Standards keinesfalls verschlechtern – nicht die hart erkämpften Errungenschaften im Arbeitsrecht oder in der Sozialgesetzgebung, nicht unser hohes Verbraucherschutzniveau. Genauso gilt es zu verhindern, dass der Umweltschutz leidet oder dass der grünen Gentechnik Tür und Tor geöffnet werden.

Ein Schlüssel zu erfolgreichen Verhandlungen liegt in der Transparenz des Verhandlungsprozesses. Um die Interessen von Verbrauchern und Verbänden besser einzubinden, stellt Sigmar Gabriel derzeit ein nationales Beratergremium für TTIP zusammen. Innerhalb der Fraktion haben wir im März einen Berichterstatterkreis ins Leben gerufen, an dem Vertreterinnen und Vertreter aller interessierten Arbeitsgruppen teilnehmen und mit externen Experten über die diversen Aspekte des Abkommens diskutieren.



Die Europawahlen am Sonntag und die neu zu wählende EU-Kommission sowie die Zwischenwahlen zum US-Kongress im November machen konstruktive Verhandlungen aus Sicht der SPD-Europapolitiker derzeit nur schwer möglich. Sie fordern daher, die Verhandlungen bis zum Ende des Jahres ruhen zu lassen.

Das Freihandelsabkommen wird in der Öffentlichkeit bereits sehr intensiv diskutiert, obwohl es noch nicht einmal annähernd in Kraft getreten ist. Selten gab es in den letzten Jahren ein ähnliches öffentliches Interesse an politischen Verhandlungen. Ich finde, das ist eine Chance zur aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik. Uns eint die Auffassung, dass wir die Aushöhlung demokratischer Grundprinzipien verhindern wollen. Ich möchte daher meine im letzten Jahr gestartete Reihe „Roter Ratschlag“ mit den Genossinnen und Genossen im Wahlkreis fortsetzen und plane für den Herbst mehrere Termine zur gemeinsamen Diskussion zum Freihandelsabkommen. Hierfür stehe ich bereits mit KollegInnen aus Bundestag und Europaparlament in Abstimmung, um kompetente Gesprächsgäste in den Schwarzwald einzuladen.

Das Freihandelsabkommen wird in der Öffentlichkeit bereits sehr intensiv diskutiert, obwohl es noch nicht einmal annähernd in Kraft getreten ist. Selten gab es in den letzten Jahren ein ähnliches öffentliches Interesse an politischen Verhandlungen. Ich finde, das ist eine Chance zur aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik. Uns eint die Auffassung, dass wir die Aushöhlung demokratischer Grundprinzipien verhindern wollen. Ich möchte daher meine im letzten Jahr gestartete Reihe „Roter Ratschlag“ mit den Genossinnen und Genossen im Wahlkreis fortsetzen und plane für den Herbst mehrere Termine zur gemeinsamen Diskussion zum Freihandelsabkommen. Hierfür stehe ich bereits mit KollegInnen aus Bundestag und Europaparlament in Abstimmung, um kompetente Gesprächsgäste in den Schwarzwald einzuladen.



Foto: Büro Saskia Esken

Erstmals Schülergruppe in Berlin empfangen

Mit 55 Schülern der Klassenstufe 10 hatte sich eine Gruppe der Realschule Loßburg auf den Weg zu einer fünftägigen Reise in die Hauptstadt gemacht. Der erste Programmpunkt bildete der Besuch des Bundestages. Auf meine Einladung hin hatten die SchülerInnen so die Möglichkeit zum persönlichen Austausch mit mir und durften auch an einem Informationsvortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals teilnehmen. So wurde den Schülern ein Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestags, seiner Ausschüsse und Gremien gewährt. Den Abschluss des Bundestagsbesuchs bildete schließlich der Aufstieg auf die gläserne Besucherkuppel, der einen grandiosen Rundumblick auf Berlin gewährt.

Wie die Schüler aktuelle Politik erleben, zeigte sich im gemeinsamen Gespräch, als ein Schüler mit Blick auf die anstehenden Kommunal- und Europawahlen wissen wollte, warum man sich die Plakatierung eigentlich nicht spare und das Geld besser für anderes ausbebe. Doch auch die aktuelle Politik auf nationaler und internationaler Bühne war Gegenstand der Schülerfragen, so beispielsweise zur NSA-Affäre, zur Situation in der Ukraine und den entführten Mädchen in Nigeria. Als Bildungspolitiklerin habe ich mich auch gefreut, dass die SchülerInnen mit Fragen zur Gemeinschaftsschule ihr ganz persönliches Interesse zeigten. Dass sie sich mit diesen Themen auseinandersetzen, macht mir einmal mehr klar, dass wir die Betroffenen, nämlich die Schülerinnen und Schüler, bei den Diskussionen und Entscheidungen um Schulformen und Lehrinhalte nicht außen vor lassen dürfen.

Als Bundestagsabgeordnete verfüge ich über ein jährliches Kontingent für die Bezuschussung von Schulklassenbesuchen in Berlin. In diesem Jahr erwarte ich noch zehn weitere Schülergruppen aus meinem Wahl- und meinem Betreuungswahlkreis Böblingen.

Es grüßt Euch aus Berlin

Eure

Meine nächsten Termine im Wahlkreis:

Freitag, 23. Mai, 19 Uhr

Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald im Kreis Calw

Naturfreundehaus Nagold, In den Mulden 1, Nagold

Samstag, 24. Mai, 14 Uhr

Eröffnung Kinderhaus Regenbogen

Foyer der Werkrealschule Bad Herrenalb, Dobeltal 26

Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75205

Wahlkreisbüro
Turmstraße 18
72202 Nagold
Tel.: 07452-929999-1

E-Mail: saskia.esken@bundestag.de
www.saskiaesken.de
facebook.de/eskensaskia
twitter.com/eskensaskia

Die Einigung ist geschafft: Das Rentenpaket kommt

Heute haben wir im Bundestag das Rentenpaket verabschiedet. Ein großer Erfolg für die SPD, die hart und erfolgreich verhandelt hat. Vor allem dank unserer Arbeitsministerin Andrea Nahles haben wir mit dem Paket wichtige Wahlversprechen durchgesetzt. Aber auch der Einsatz der SPD im Bundestagsausschuss für Arbeit & Soziales rund um meine Nachbarkreisabgeordnete, die Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast, hat uns zu diesem positiven Ergebnis gebracht. Bei allem Gegenwind, den es gab: Wir haben Wort gehalten. Und ich freue mich sehr, dass ich bei diesen wichtigen Entscheidungen dabei sein durfte. Im Rentenpaket enthalten sind die vorgezogene Rente nach 45 Beitragsjahren („Rente mit 63“), die verbesserte Anerkennung der Erziehungsleistung für Kinder, die vor 1992 geboren wurden („Mütterrente“) und eine Verbesserung der Leistungen der Rentenversicherung bei Erwerbsminderung.

Wer jetzt ab dem 1. Juli mit 63 Jahren bei mindestens 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen kann, der hat lange und hart dafür gearbeitet. Und das unter wesentlich schwereren Arbeitsbedingungen als heute: mit niedrigerem Arbeitsschutz, weniger Urlaubstagen und höheren Wochenarbeitszeiten. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, diese Lebens- und Arbeitsleistungen auch finanziell besser anzuerkennen. Hinzu kommt: Wer lange Jahre Beiträge leistet, hat unser Solidarsystem über Jahrzehnte in besonderem Maß gestützt.

Die abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren ist aber auch keine „Rolle rückwärts“ zur Rente mit 67. Diese Anhebung der Regelaltersgrenze ist wegen des demografischen Wandels notwendig geworden, und dazu steht die SPD auch heute noch. Das gilt im Übrigen auch für die vorgezogene Rente nach 45 Beitragsjahren; hier steigt das Rentenalter nach und nach auf 65 Jahre. Anspruch auf die vorgezogene Rente mit 63 haben demnach Versicherte, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind. Die schrittweise Anhebung beginnt dann im Jahr 2016.

Das gesamte Rentenpaket ist solide finanziert: Der Beitragssatz wird in den nächsten Jahren nicht steigen. Dafür wurde eine Erhöhung des Zuschusses zur Rente aus Steuermitteln ab 2019 vereinbart.

Für das Problem missbräuchlicher Frühverrentungen haben wir eine wirksame Lösung gefunden: Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren vor Renteneintritt wird bei den 45 Jahren nicht berücksichtigt. Um unnötige Härten zu vermeiden, werden sie jedoch angerechnet, wenn die Arbeitslosigkeit durch Insolvenz oder

durch vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers verursacht wurde.

In die Verhandlungen des Rentenpakets hineingetragen wurde der Wunsch nach einem flexibleren Renteneintritt. Die sozialversicherungspflichtige Weiterbeschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze wird deshalb erleichtert: Arbeitnehmer und Arbeitgeber können künftig einvernehmlich vereinbaren, das bestehende Beschäftigungsverhältnis auch über diese Altersgrenze hinaus fortzuführen – die Pflicht, Sozialbeiträge zu entrichten, bleibt selbstverständlich bestehen.

Es bleibt dabei: Kurze Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie werden für die Beitragsjahre angerechnet. Die moderne Arbeitswelt erfordert gerade auch von vielen jungen Menschen immer häufiger Jobwechsel. Die SPD konnte durchsetzen, dass die Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I prinzipiell unbegrenzt angerechnet werden. Eine zeitliche Beschränkung der Anrechnungszeiten ginge auch völlig an der Realität vorbei: Denn rund 70 Prozent der heute 55- bis 63-Jährigen, die 45 Beitragsjahre erreichen können, waren nie oder weniger als ein Jahr arbeitslos.

Mit dem Rentenpaket verbessern wir zudem die Erwerbsminderungsrente: Das Einkommen vor Eintritt der Erwerbsminderung wird künftig zwei Jahre länger angerechnet und die letzten vier Beitragsjahre nur bei positiver Wirkung auf die Erwerbsminderungsrente berücksichtigt. Auch wird das Budget für Rehabilitationsleistungen angehoben.

Mit der so genannten Mütterrente werden Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder bei der Rente stärker angerechnet. Die Rente für die betroffenen Mütter oder Väter wird sich um einen Entgeltpunkt erhöhen. Dies entspricht dem aktuellen Rentenwert West von derzeit 28,14 Euro und dem Wert Ost von 25,74 Euro. Hier von werden in 2014 rund 9,5 Mio. Frauen oder Männer profitieren.



Folgende Zeiten zählen bei der Wartezeit von 45 Jahren mit:

- Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung*
- Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus selbstständiger Tätigkeit*
- Zeiten der Wehr- oder Zivildienstpflicht*
- Zeiten der nicht erwerbsmäßigen Pflege von Angehörigen*
- Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes*
- Zeiten, in denen Arbeitslosengeld oder Teilarbeitslosengeld bezogen wurde*
- Zeiten, in denen Krankengeld bezogen wurde*
- Zeiten, in denen Übergangsgeld bezogen wurde*
- Zeiten des Bezugs von Leistungen bei beruflicher Weiterbildung*
- Zeiten des Bezugs von Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld und Winterausfallgeld*